Klimakrise – eine Krise der Politik?

HELGA KROMP-KOLB

Em. O. Univ.-Prof. Dr. Helga Kromp-Kolb besuchte Schulen in Frankreich, Luxemburg, Indien und Österreich und studierte Meteorologie an der Universität Wien. Seit 1995 Professorin an der Universität für Bodenkultur, Wien (BOKU); seit Oktober 2017 emeritiert. Seit 2010 war sie Leiterin des Zentrums für Globalen Wandel und Nachhaltigkeit (BOKU) und beschäftigt sich mit Fragen rund um Gesellschaftswandel und Klimawandel sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung und Paradigmenwechsel in der Wissenschaft.

Der US-Ökonom Paul Krugman befand 2014, dass die Klimakrise schon längst gelöst sein müsste: Die Wissenschaft sei solide, die Technologie verfügbar, die Wirtschaftlichkeit viel besser als irgendwer erwartet habe. Was könnte da noch schiefgehen? Was der Rettung des Planeten entgegenstehe, sei lediglich eine Kombination aus Ignoranz, Vorurteilen und Partikularinteressen.

Fakten und Folgen

Hemmnisse zu überwinden, ist typischerweise Aufgabe der Politik. Warum tut sie es nicht? Die Klimakrise hat ein Stadium erreicht, bei dem ein Ende des geordneten Zusammenlebens der Menschen nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Im globalen Mittel ist die Temperatur seit dem vorindustriellen Niveau um 1,1°C gestiegen, in der Arktis im selben Zeitraum um nahezu 4°C. Das daraus resultierende Schmelzen des arktischen Eises und das Tauen des Permafrostes der arktischen Tundra sind nur zwei Beispiele für selbstverstärkende Prozesse, die, einmal angestoßen, zu weiterer Erwärmung führen, unabhängig vom Eintrag zusätzlicher Treibhausgase. Fragt man, im Sinn einer Risikobetrachtung, nach der ungünstigsten, aber aus wissenschaftlicher Sicht möglichen Entwicklung, so könnte sich das Klima bei Temperaturen über 1,5°C aufgrund derartiger selbstverstärkender Prozesse immer weiter aufheizen *(hothouse earth),* ohne dass die Menschen diesen Prozess noch aufhalten könnten. Demnach ist die anstehende Entscheidung nicht, ob der Klimawandel bei +2, +3 oder +5 Grad eingebremst, sondern ob das derzeit noch stabile Klima erhalten werden soll; oder ob *hothouse earth* in Kauf genommen wird. Entscheidet man sich für Stabilität, darf die Erwärmung 1,5°C nicht übersteigen. Diese Entscheidung fällt in diesem Jahrzehnt.

Absichtserklärungen

Politik und Gesellschaft hatten reichlich Vorwarnungen: Seit Fourrier 1824 den Treibhauseffekt entdeckte, wuchs das wissenschaftliche Verständnis systematisch; CO2-Messungen auf Hawaii belegen seit 1958 den Konzentrationsanstieg; Klimamodellberechnungen veranlassten 1978 und 1985 die Wissenschaft bei Tagungen in Genf und Villach, klare Warnungen hinsichtlich der zu erwartenden globalen Erwärmung und dem damit verbundenen Klimawandel an die Politik zu richten.

Die Politik reagierte mit Absichtserklärungen: 1992 wurde die Klimarahmenkonvention in Rio beschlossen; fünf Jahre später einigte man sich auf die ersten konkreten Reduktionsvorgaben im Kyoto-Protokoll, das allerdings erst 2005 in Kraft treten konnte. Inzwischen kosten Extremereignisse weltweit Millionen Menschen das Leben, und der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Kriegen, Flucht- und Migrationsbewegungen wird immer deutlicher. In Europa wurde mit der Flüchtlingsbewegung 2015 die Hilflosigkeit der Politik gegenüber den Geschehnissen offensichtlich. Waldbrände in Australien, Trockenheit in Kalifornien, Überschwemmungen in Südeuropa und in Großbritannien haben sehr deutlich gemacht, dass auch industrialisierte Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen nicht vor den Naturereignissen schützen können.
2014 und 2015 nahmen Hunderttausende an Klimademonstrationen in New York

und anderen Städten weltweit teil. Die UNO beschloss 2015 die Agenda 2030 mit 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG), bei der es grundsätzlich um zwei Ziele geht, die synergistisch zu verfolgen und nicht gegeneinander auszuspielen sind: Ein „gutes Leben für alle" jetzt und künftig und die Einhaltung der ökologischen Grenzen des Planeten. 2015 wurde mit dem Pariser Klimaabkommen ein Durchbruch in der Klimapolitik erzielt: Die globale Erwärmung ist deutlich unter 2°C zu halten und es sind Anstrengungen zu machen, sie auf 1,5°C zu begrenzen. Das bedeutet de facto weltweit ab 2050 keine Netto-CO2 Emissionen mehr und bis 2030 eine Reduktion der Emissionen auf die Hälfte.

Schlusslicht Österreich

Die Vorgaben für politisches Handeln sind also spätestens seit 2015 klar, und doch verändert sich wenig. Die Euphorie von Paris ist verflogen, die globalen Emissionen steigen weiter von Jahr zu Jahr, die meisten Staaten scheuen sich, ernsthafte Klimapolitik zu machen. Auch die Ziele der EU bleiben weiter hinter den Erfordernissen des Pariser Klimaabkommens zurück. Österreich zählt zu jenen fünf EU Mitgliedsstaaten, die ihre Emissionen im Schnitt 2018-2020 gegenüber 1990-1998 nicht reduziert haben.

Der österreichische Nationale Energie- und Klimaplan 2018 garantiert nicht einmal die Einhaltung der EU-Ziele, geschweige denn jene des Pariser Abkommens, und der Großteil der Ziele ist weder durch konkrete Maßnahmen noch eine entsprechende Budgetvorsorge untermauert. Er rangiert hinsichtlich Ambition im letzten Drittel der von den Mitgliedsstaaten eingereichten Pläne, obwohl Österreich keine förderwürdigen Kohle- oder Ölvorkommen hat wie Polen, als alpines Land stärker vom Klimawandel betroffen ist als viele andere, mit einer naturliebenden und umweltbewussten Bevölkerung gesegnet ist und als eines der reichsten Länder der Welt gilt.

Wenn alles gut geht

Innerhalb eines halben Jahres erreichte die von Greta Thunberg losgetretene *Fridays for Future*-Bewegung, was die Wissenschaft mit ihren Warnungen in 30 Jahren nicht erreicht hatte. Seit die jungen Menschen jeden Freitag auf den Straßen stehen und Maßnahmen fordern, wird die Klimaproblematik weltweit in den Medien und der Öffentlichkeit diskutiert. Sowohl in der EU als auch in Österreich haben sich dadurch die politischen Verhältnisse geändert. In beiden Fällen liegen jetzt ambitioniertere Ziele am Tisch mit mehr Willen zur Umsetzung. Der Erfolg bleibt abzuwarten, denn schon wieder melden sich lautstark Ignoranz, Vorurteile und Partikularinteressen zu Wort.

■ Bei entsprechenden Maßnahmen bleibt das Klima stabilisiert, wird kalkulierbarer, man kann sich daran anpassen.

Aber angenommen, es geht weltweit alles gut und es gelingt, die Temperatur bei etwa 1,5°C zu stabilisieren, sind dann alle Probleme gelöst? Nein, denn es werden trotzdem die heißesten Städte der Welt zeitweise unbewohnbar sein; in Europa kommt es fast jedes zweite Jahr zu Hitzeperioden wie 2003; im Mittelmeerraum muss mit bis zu 3,7 Dürre-Monaten pro Jahr gerechnet werden; 70–90 % aller Korallenriffe weltweit sind vom Aussterben bedroht, usw. Dennoch: Bei entsprechenden Maßnahmen bleibt das Klima stabilisiert, wird kalkulierbarer, man kann sich daran anpassen. Die Anstrengung lohnt sich!

Die tiefgreifenden Änderungen, die in allen Bereichen nötig sind, um das 1,5°C-Ziel zu erreichen, können, wenn politisch geschickt gestaltet, vielfach Veränderungen zum Besseren im Sinne der nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO herbeiführen: Der Übergang zu erneuerbarer Energie reduziert geopolitische Abhängigkeiten, das Geld bleibt im Land und ermöglicht z. B. mehr aktive und daher gesündere Mobilität. PKWs werden gemeinsam genutzt, nicht mehr individuell besessen. In der Kreislaufwirtschaft entstehen haltbare, reparierbare, wiederverwertbare Qualitätsprodukte,

■ Wirtschaftliche Stabilität erfordert nun nicht mehr zwingend Wachstum.

von Arbeitern mit Stolz und Freude produziert. Biologische Landwirtschaft trägt zur Gesundung der Böden bei; die Menschen ernähren sich gesünder. Verfügbare Flächen werden für Nahrungsmittelproduktion und zur Kohlenstoffspeicherung genutzt, nicht verbaut. Das Bildungssystem stellt sich in den Dienst der Bewältigung der existentiellen Herausforderung und ist bemüht, systemisches Denken und Kreativität der nachkommenden Generationen zu fördern. Hier wie überall steht Zusammenarbeit statt Wettbewerb im Vordergrund. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das Wirtschafts- und Finanzsystem. Wirtschaftliche Stabilität erfordert nun nicht mehr zwingend Wachstum. Ein Biotop von Währungen bietet für jeden Bedarf den passenden Ansatz. In Summe sind dies viele Schritte hin zum „guten Leben" innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten – nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt.

Mehr Lebensqualität und Lebensfreude

Sind derartige Entwicklungen in Demokratien mit ihren kurzen Wahlzyklen denkbar? Derart tiefe Einschnitte in Lebensgewohnheiten und Wirtschaft können nur dann anhaltend funktionieren, wenn die Menschen in deren Gestaltung einbezogen werden. Die in Österreich sehr hoch ausgeprägte Verantwortungsethik würde dann durch die nötige Gesinnungsethik ergänzt werden, d.h. aus dem Bewusstsein würde auch ein Tun. Es geht also eher um mehr, nicht weniger Demokratie.

Fazit: Wir haben allen Grund, uns durch den Klimawandel bedroht zu fühlen, nicht aber durch Klimaschutzmaßnahmen. Diese können zu mehr Lebensqualität und Lebensfreude führen, trotz sinkendem Lebensstandard. Denn dass unser Ressourcenverbrauch nicht mit globaler Nachhaltigkeit kompatibel ist, liegt auf der Hand. Man muss allerdings bereit sein, loszulassen: Gewohnheiten, Vorurteile, Ideologien. Der Klimaökonom Ottmar Edenhofer bringt es auf den Punkt: „Das fundamentale Problem der Klimapolitik sind nicht die wissenschaftlichen Fakten, sondern Konflikte um Weltanschauungen und Werte." Nur wenn diese explizit angesprochen und in der Gesellschaft ausverhandelt werden, kann *hothouse earth* vermieden werden. Wenn die Politik hierin weiterhin versagt, müssen andere die Diskussion in Gang bringen: Wissenschaft, Kunst, Medien, Religionen und alle Menschen, denen die Zukunft ihrer Kinder ein Anliegen ist. Wir entscheiden *jetzt* über die (Klima)Zukunft. ■

© unsplash.com/Victoria Tanner